



## Protokoll des Einwohnerrats

---

XI. Legislaturperiode 2012–2016

### 10. Sitzung vom 26. August 2013

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–22.20 Uhr

---

Leitung: Stefan Kaiser

Anwesend: 35 Mitglieder

Abwesend: P. Andres, A. Huber, E. Rietmann, G. Vetsch, M. Ziegler

---

Präsident:

Stefan Kaiser

Protokoll:

Sandra Sprecher

---

## Mitteilungen des Präsidenten:

Zum Beginn seiner Amtszeit appelliert Stefan Kaiser an die Vernunft der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Er bittet sie, Fragen zuerst mit einem Telefonat mit der Verwaltung zu klären versuchen, bevor sie Vorstösse einreichen. Weiter fordert er den Rat auf, die Debatten hart in der Sache aber fair im Ton zu führen und zu bedenken, dass sich Kompromisse meist nicht vermeiden lassen. Stefan Kaiser freut sich auf ein spannendes Jahr und eine gute Zusammenarbeit.

Weitere Mitteilungen:

Entschuldigt sind Pascal Andres, Alexander Huber, Eduard Rietmann, Gabriela Vetsch und Markus Ziegler. Zu Sitzungsbeginn sind 35 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 18; Qualifiziertes Mehr: 24.

Speziell begrüsst wird Manuel Mohler, der für Gerhard Metz nachgerückt ist. Der Präsident wünscht ihm einen guten Start und viel Erfolg im neuen Amt.

Der Präsident des Stiftungsrats des Alters- und Pflegeheimes Schlossacker, Herr Petitjean, lässt ausrichten, dass der gesamte Einwohnerrat noch zu einem speziellen Anlass eingeladen wird, um sich vom gelungenen Neubau ein Bild zu machen.

Es liegen mehrere parlamentarische Vorstösse vor sowie eine Berichtigung eines Vorstosses:

### Neu eingereichte Vorstösse

– Postulat CVP/GLP: Wohnzone Birkenweg	79
– Anfrage St. Glaser, parteilos: Bussen in Binningen	80
– Dringliche Interpellation R. Moll, parteilos: Margarethenstich	81

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Vorstössen.

**ABSTIMMUNG** zur Dringlichkeit der Interpellation Moll:

Die Dringlichkeit wird mit 19 Nein zu 9 Ja und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Anträge des Präsidenten zur Traktandenliste:

- Unter Punkt 2.a wird eine Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der GRPK durchgeführt.
- Da seit ein paar Sitzungen etliche Geschäfte immer wieder verschoben wurden, hat sich Stefan Kaiser entschlossen, die 22-Uhr-Regel ausnahmsweise aufzuheben und die Sitzung zu verlängern, um die Traktandenliste abzuarbeiten. Das erscheint ihm einfacher, als unter dem Jahr noch eine zusätzliche Sitzung einzuschieben. Er sieht vor, die Traktanden bis 21.30 Uhr aufsteigend zu behandeln und die letzte Stunde vom Ende her absteigend weiterzufahren.

*Katrin Bartels, CVP/GLP*, beantragt, die Sitzung wie gewohnt zu beenden und die Traktanden aufsteigend zu bearbeiten.

**ABSTIMMUNG** Antrag Kaiser / Antrag Bartels

Der Antrag von K. Bartels wird angenommen.

*Sven Inäbnit, FDP*, ist nicht glücklich darüber, dass die Bemühungen des Präsidiums, die Traktanden abzuarbeiten, im Keim erstickt werden – er hätte zumindest eine Begründung dazu erwartet.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 24.6.2013	
2. <b>Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	75
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.4.2013 <b>Parkplatz-Ersatzreglement, 2. Lesung</b> Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	61
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.5.2013: <b>Beschaffung neue Fallführungssoftware für die Sozialen Dienste</b> Geschäftskreisführung: Barbara Jost	69
5. Bericht des Gemeinderats vom 21.9.2010 / Bericht der Spezko vom 28.5.2013 <b>Schlussbericht Schlossparkrechnung</b> Geschäftskreisführung: Mike Keller	70
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.7.2013 <b>Investitionsausgabe 2013 für die Werterhaltung des Binninger Schlosses</b> Geschäftskreisführung: Mike Keller	77
7. Bericht / Antrag des Einwohnerratsbüros vom 19.4.2013: <b>Motion SP: Kommissionssitze bei Fraktionsaus- und -übertritten sowie bei Parteispaltungen</b> Zuständigkeit: Stefan Kaiser	18
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.8.2013: <b>Postulat SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen</b> <b>Postulat R. Bänziger, Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters:</b> <b>Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung</b> Geschäftskreisführung: Mike Keller/Mirjam Schmidli	213 216
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.4.2013: <b>Postulat Ph. Schaub, Freie Wähler: Entfernung der Sprayereien und Schmierereien beim Binninger Schloss sowie anderen öffentlichen Bauten: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung</b> Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	42
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.3.2013: <b>Interpellation K. Bartels, CVP/GLP: Stand Revision Raumplanungsgesetz</b> Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	43
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.5.2013: <b>Interpellation S. Tribolet, SP: Velowege auf dem Westplateau</b> Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	46
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.5.2013: <b>Postulat K. Bartels, CVP/GLP: Frühmodul bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	231
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.6.2013: <b>Motion M. Rehmann, Grüne/EVP und G. Löhr, SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	66

14. Diversa

**Genehmigung des Protokolls vom 26.8.2013**

://: Das Protokoll wird genehmigt.

**Traktandum 2**

**Nr. 75**

**Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission** für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

*Daniel Zimmermann, FDP:* Die FDP-Fraktion schlägt Peter Heiz als neues Mitglied der GRPK vor. Sie ist der Meinung, dass er als langjähriger Politiker einen grossen Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Geschäfte machen kann.

WAHL  
Stille Wahl

BESCHLUSS

---

://: Für die restliche Amtsperiode wird Peter Heiz, FDP, in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

---

**Traktandum 2a**

**Nr. 75**

**Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission** für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

*Daniel Zimmermann, FDP:* Die FDP-Fraktion schlägt den neuen Einwohnerrat Manuel Mohler vor. Der 32-jährige Jurist war Präsident und Vorstandsmitglied der FDP. Die Liberalen Biel-Benken und wirkte in einer Umweltkommission mit.

WAHL  
Stille Wahl

BESCHLUSS

---

://: Für die restliche Amtsperiode wird Manuel Mohler, FDP, als Ersatzmitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

---

**Parkplatz-Ersatzreglement, 2. Lesung**

*Beatrice Büschlen:* Die Grüne/EVP ist nach wie vor der Meinung, dass ein neues Reglement nicht geeilt hätte. Doch da viel Vorarbeit geleistet wurde, will sie sich konstruktiv an der 2. Lesung beteiligen. Dem Präsidium liegen zwei Anträge der Fraktion vor, zu denen sie sich zu gegebener Zeit äussern wird.

*Jürg Blaser:* Die SVP-Fraktion nimmt die Änderungen zur Kenntnis und hat zwei Anmerkungen dazu:

1. Die Ersatzabgabe wird zwingend von allen Eigentümern verlangt, unabhängig davon, ob sie einen Parkplatz wünschen oder nicht. Die Mieter hingegen haben keinerlei Verpflichtungen.
2. Es ist für die Partei nicht verständlich, warum die Ersatzabgabe CHF 15 000 kosten soll, obwohl in allen umliegenden Gemeinden der Ansatz tiefer ist.

Trotz diesen Einwänden stimmt die SVP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderats mehrheitlich zu.

*Thomas Hafner:* Die CVP/GLP-Fraktion stellt fest, dass die vorgängig beschlossenen Änderungen eingefügt wurden und will das vorliegende Reglement verabschieden.

*Philippe Spitz, SP:* Auch seine Fraktion kann mit dem Ersatzreglement leben. Wie Edi Rietmann schon im Mai bemerkt hat, sollen Autobesitzer keinen Anreiz haben, ihr Fahrzeug auf öffentlichem Grund abzustellen anstatt auf dem eigenen Grundstück Parkplätze zu schaffen. Das ist für die SP wegleitend.

*Pascal Treuthardt:* Die FDP-Fraktion ist mit dem vorliegenden Reglement zufrieden und möchte es so annehmen.

*Beatrice Büschlen, CVP/GLP:* Es gibt Grundstückbesitzer, die aus unterschiedlichen Gründen auf ein Auto verzichten wollen oder müssen. Unabhängig von den Gründen ist die Schonung der Umwelt und der Ressourcen ein willkommener Nebeneffekt davon. Diese Grundstückbesitzer sollten nicht finanziell bestraft werden. Die Fraktion beantragt unter § 1, Absatz 2 im Anschluss folgende Formulierung:

*„Der Liegenschaftseigentümer ist von der Ersatzabgabe befreit, wenn er den Nachweis erbringen kann, dass durch ihn sowie weitere Bewohnerinnen und Bewohner der Liegenschaft keine Fahrzeuge immatrikuliert sind. Bei nachträglicher Immatrikulation wird die Abgabe gemäss Ersatzabgabereglement sofort fällig.“*

Ein Nachweis kann zum Beispiel die Hinterlegung des Fahrausweises sein oder die Bestätigung, dass kein Fahrausweis vorhanden ist. Die Grüne/EVP kann sich auch eine vertragliche Verpflichtung vorstellen. Das Argument, dass der Verwaltungsaufwand gross und nicht kontrollierbar wäre, ist für die Fraktion nicht nachvollziehbar. Es ist auch jetzt nicht kontrollierbar – oder nur mit grossem Aufwand – ob die Parkplätze nach einem Jahr noch vorhanden sind. Die Verwaltung müsste sich die Eigentums- und/oder Mietverträge regelmässig belegen lassen, was sie nicht tut. Beatrice Büschlen bittet den Rat, den Argumenten der Fraktion zu folgen und den Antrag anzunehmen.

Auf die Frage von *Christoph Anliker, SVP*, was mit den Handänderungen ist, meint sie, dass dies Sache der Bezirksschreiberei sei und es somit noch einfacher wäre, diese zu überprüfen.

*Gemeinderätin Mirjam Schmidli:* Die Anzahl der Plätze, die erstellt werden müssen, ist an die Anzahl Wohnungen, allenfalls an Arbeitsplätze gebunden und nicht an die Tatsache, ob die Eigentümer oder Mieter ein Auto besitzen. Deshalb kann der Antrag nicht im Reglement aufgenommen werden, es wäre rechtswidrig.

ABSTIMMUNG Antrag 1 Grüne/EVP  
Nein: 19 / Ja: 14 / Enthaltungen: 2

*Beatrice Büschlen, Grüne/EVP:* Im Raumplanungsgesetz § 106 und in der Verordnung § 70, Absatz 1 sind Fahrräder eingeschlossen. Auch im vorliegenden Reglement, § 1, Geltungsbereich, sind die Fahrräder miteingeschlossen. Der Klarheit halber sollte bei den Paragraphen, in denen nicht auf kantonales Gesetz oder Verordnungen hingewiesen wird, die Formulierung mit den Fahrrädern ergänzt werden. Das wäre in § 4, Zweckbindung. Dieser würde im Absatz 2 dann wie folgt lauten:

*„Die Ersatzabgaben werden verwendet für die Erschliessung, den Bau, den Unterhalt sowie den Betrieb von öffentlichen Motorfahrzeug- und Veloparkplätzen oder von privaten Motorfahrzeug- und Veloparkplätzen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.“*

*Gemeinderätin Mirjam Schmidli:* Es besteht eine Pflicht zur Erstellung von Motorfahrzeugparkplätzen, für die Erstellung von Veloabstellplätzen macht der Kanton nur eine Empfehlung. Somit kann der Passus nicht so umformuliert werden.

*Pascal Treuthardt, FDP,* bemerkt dazu, dass es in Binningen kein Problem mit zu vielen wild parkierten Velos gibt. Die gewünschte Regelung empfindet er als Einschränkung für die Velofahrer.

*Beatrice Büschlen, Grüne/EVP,* erklärt, dass es um die Zweckbindung geht und nicht darum, wo parkiert wird. Es geht um Klarheit, wofür die Gelder verwendet werden, denn in Paragraph 1 sind die Fahrräder mit eingeschlossen, im Paragraph 4 nicht.

*CVP/GLP: Katrin Bartels* meint zu Mirjam Schmidlis Votum, dass die Gemeinde über die Empfehlung des Kantons hinausgehen dürfe.

*SP, Philippe Spitz,* ist der gleichen Meinung wie seine Vorrednerin. Es gehe darum, dass Veloparkplätze erstellt werden können.

*Gemeindepräsident Mike Keller:* Man verlangt von Automobilisten Geld für Parkplätze, die sie selber nicht stellen können. Somit ist dieses Geld zweckgebunden und wenn man es für Drittaufgaben verwendet, bietet man eine entsprechende Angriffsfläche. Er möchte vermeiden, dass man in rechtliche Diskussionen verwickelt wird.

*Beatrice Büschlen, Grüne/EVP:* Wenn ein Hausbesitzer keinen Vorgarten besitzt, in dem Velos abgestellt werden können und auch der Hausgang zu klein ist dafür, müsste er eigentlich Ersatzabgabe bezahlen, damit die Velos vor dem Haus abgestellt werden dürfen. So steht es ganz klar im Paragraph 1, Geltungsbereich, wie auch im Raumplanungsgesetz.

*Simone Abt, SP,* ist nicht sicher, ob sich das kantonale Gesetz dahingehend interpretieren lässt, dass die von B. Büschlen beschriebenen Hauseigentümer zur Bezahlung verpflichtet werden können.

*Gemeinderätin Mirjam Schmidli:* Bei der Eingabe eines Baugesuchs müssen Autoparkplätze nachgewiesen werden, für Veloabstellplätze besteht keine Pflicht.

ABSTIMMUNG Antrag 2 Grüne/EVP  
21 Nein / 14 Ja / keine Enthaltung

ABSTIMMUNG Antrag Gemeinderat  
Grossmehrheitlich angenommen

://: Das Parkplatz-Ersatzabgabereglement wird beschlossen.

---

### **Beschaffung neue Fallführungssoftware für die Sozialen Dienste**

*Silvia Bräutigam, CVP/GLP:* Die Fraktion ist grundsätzlich für diese Investition, hinterfragt aber die Dringlichkeit des Geschäfts. Man möchte vom Gemeinderat wissen, warum dieser Nachtragskredit unter dem Jahr verlangt wird und das Geschäft nicht ins ordentliche Budget aufgenommen wird.

*SVP, Susanna Keller:* Die aktuelle Software ist nicht mehr zeitgemäss und auch nicht mit dem System der Gemeinde kompatibel. Als Mitglied der Sozialhilfebehörde konnte sich die Rednerin bei einer Stichprobe selber davon überzeugen. Die neue Fallführungssoftware verspricht eine klare Verbesserung in der Fallführung, in der Statistikführung, in der Integration der Klientenbuchhaltung und in der Intergration in das System der Gemeinde Binningen. Ausserdem wird die Sozialhilfebehörde besser in das System eingebunden. Dass die Software KLIB.net von einigen umliegenden Gemeinden und vom kantonalen Sozialamt erfolgreich angewendet wird, ist ein weiterer Vorteil.

Die Sozialhilfebehörde hat intern der Anschaffung zugestimmt und auch in der SVP-Fraktion ist die Beschaffung der Software unbestritten. Man möchte trotzdem gerne folgende Fragen beantwortet haben: Gibt es eine zweite Offerte einer anderen Firma? Warum wurde KLIB.net ausgewählt? Gibt es kein Angebot, das der Verwaltung weiteren Nutzen als „nur“ eine Schnittstelle zum Buchhaltungsprogramm RUF bringen würde? Ausserdem kam die Frage auf, ob der relativ hohe Anschaffungspreis im Verhältnis zu den ca. 200 Beratungsdossiers steht.

*Carolle von Ins Hafen, SP,* geht davon aus, dass alle eine gut funktionierende, effiziente Verwaltung wünschen. Das bedingt, dass adäquate Instrumente zur Verfügung gestellt werden. Das jetzige System ist veraltet und die Sozialdienste, wie auch der Gemeinderat, schlagen ein neues System vor, das bereits auf kantonaler Ebene und in gewissen Gemeinden eingesetzt wird. Man weiss also, dass dieses System gut funktioniert und seine Zwecke erfüllt und künftig können die Daten zwischen den Gemeinden und dem Kanton verglichen werden. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

*Bettina Rumpf, FDP,* hat als ehemaliges Mitglied der Vormundschaftsbehörde auch erlebt, wie vieles funktioniert oder eben nicht funktioniert hat. Für die Fraktion steht eine Neuanschaffung ausser Frage. Ihre Abklärungen haben ergeben, dass es auf dem Markt nur noch ein weiteres Produkt gibt, das allerdings viel weniger effizient ist und von keiner anderen Gemeinde benützt wird. Mit der vorgeschlagenen KLIB.net-Lösung ist ein Benchmark unter den Gemeinden möglich. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde pro Benchmark CHF 10 000 an eine Fremdfirma bezahlt. Diese Kosten kann man in Zukunft sparen. Aus den genannten Gründen stimmt die FDP dem Nachtragskredit zu.

*Meret Rehmann:* Die *Grüne/EVP* schliesst sich der Meinung der übrigen Fraktionen an und stimmt dem Nachtragskredit zu.

*Gemeinderätin Barbara Jost* bedankt sich für die gute Aufnahme des Antrags.

Sie versteht die Frage nach der Dringlichkeit des Geschäfts, da der Bedarf einer neuen Software keine Überraschung ist. Vor einem Jahr fand in der Abteilung Soziale Dienste ein grosser Wechsel statt, ausserdem kam sie selber neu dazu. Bis man soweit war, das Problem anzugehen, war der Budgetprozess



bereits so weit fortgeschritten, dass man den Kredit zwar ins Budget schreiben, ihn aber nicht mehr ordentlich aufnehmen konnte.

Der Grund, warum man nicht auf das Budget 2014 warten möchte ist, dass das Team wieder vollständig und bereit ist, dieses Projekt in Angriff zu nehmen. Das System soll per 1.1.2014 eingeführt werden, weil es zu diesem Zeitpunkt eine Pensionierung in der Buchhaltung gibt. KLIB.net bringt auch eine Optimierung im Bereich Buchhaltung, weshalb der gewählte Zeitpunkt ideal, wenn auch sehr ambitioniert ist. Mit der Einführung per Anfang 2014 wird man bereits im 2015 neue Kennzahlen zum Vergleich haben. Es ist auch zu bemerken, dass für die jetzige Software nochmals CHF 10 000 eingestellt werden müsste, würde der Kredit in das ordentliche Budget 2014 aufgenommen.

Wie bereits erwähnt, gibt es nur wenige Anbieter von Fallführungssoftware. Ein anderer ist *Tutoris*. Basel-Stadt, Riehen und zwei weitere Gemeinden benutzen diese Software. KLIB.net ist für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern konzipiert.

Der Gemeinderat musste keine Offerten einholen, weil im Bereich Dienstleistungen ein freihändiges Verfahren bis CHF 150 000 besteht. Daher konnte er den Anbieter auswählen, der seiner Meinung nach das Beste anbietet. Im Preissegment sind alle etwa gleich.

Weitere Nutzen: Was den Bereich KESB und den Bereich Gesundheit betrifft, kann auch mit dieser Software bearbeitet werden. Das Ganze wäre ausbaubar, doch man hat sich auf das Nötige und Sinnvolle beschränkt.

#### ABSTIMMUNG

Beide Anträge des Gemeinderats werden einstimmig angenommen.

#### BESCHLÜSSE

---

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt dem Nachtragskredit von CHF 112 500 zur Beschaffung der Software KLIB.net für die Sozialen Dienste.  
2. Die wiederkehrenden Wartungs- und Unterhaltskosten von CHF 11 500/jährlich sind im Budget 2014 aufzunehmen.
- 

#### Traktandum 5

Nr. 70

#### Schlussbericht Schlossparkrechnung

*Katrin Bartels, CVP/GLP:* Als Erstes ruft die Präsidentin der Spezialkommission ein paar Dinge in Erinnerung:

1. Es ist zu unterscheiden zwischen der Schlosssanierung und dem Projekt Schlosspark. Heute wird über den Schlosspark gesprochen.
2. Das Projekt Schlosspark bestand aus sieben Teilprojekten:
  - a) Verlegung der Schlossgasse
  - b) Kanalisation der Schlossgasse
  - c) Gestaltung des Schlossparks
  - d) Sanierung und Umbau Imhofhaus
  - e) Einstellhalle
3. Das Projekt Schlosspark hat über zehn Jahre gedauert und Gesamtkosten von CHF 22 Millionen verursacht.
4. Heute ist darüber zu befinden, ob das Geld entsprechend dem vor Jahren gefällten Einwohnerrats- und Volksentscheid gebraucht wurde und ob der Rat dem Nachtragskredit zustimmen will.

5. Es geht nicht darum, ob das Projektmanagement in der Gemeinde und in den Bauabteilungen im Speziellen den Vorstellungen des Einwohnerrats entspricht.
6. Genauso wenig steht zur Diskussion, ob sich die Gemeinde ein Schloss leisten soll.

Es ist noch festzuhalten, dass die Spezialkommission bis letzten Sommer von Simone Abt präsiert wurde. Im Einwohnerrat gab es bereits zwei Zwischenberichte der damaligen Spezko. Im Juli 2012 übernahm Katrin Bartels das Präsidium.

Die Ausgangslage des Projekts wird auf der Grafik (S. 3 des Berichts) am deutlichsten. Aus der Grafik geht hervor, dass die Zuteilung der Einzelpositionen zu Verträgen bzw. Teilprojekten jeweils von Hand erfolgen muss. Da die Bauabteilungen zur Zeit des Projekts keine auf Datenbanken gestützte Kostenabrechnung gemacht haben, müssen z.B. Fragen zu Differenzen zwischen dem Kostenvoranschlag und dem Vertrag wiederum von Hand rekonstruiert werden. Die Beantwortung solcher Fragen ist deshalb zeitaufwändig, weshalb sich die Spezko früh um professionelle Unterstützung bemüht hat. Das beigezogene Büro Ernst ist auf Kostenüberwachung und Kostenschätzungen spezialisiert. Schon früh hat das Büro Ernst verlangt, dass eine neue, datenbankgestützte Kostenabrechnung zu erstellen sei, damit man Zuordnungen auf Knopfdruck herstellen kann. Das Resultat kann der Beilage entnommen werden. Die Zuordnungen, welche das Büro Ernst und die Bauverwaltungen vorgenommen haben, sind nicht identisch. Deshalb weichen die Resultate gewisser Teilprojekte voneinander ab. Es ist wichtig, festzuhalten, dass sich die Summe der Abweichungen über das gesamte Projekt auf nur 6 000 Franken beläuft. Das Büro Ernst wollte sich nicht festlegen, ob die Abweichungen auf eine Doppelzählung ihrerseits oder auf Seiten der Bauverwaltungen zurückzuführen sind.

In einem weiteren Schritt wurden die grösseren Budgetabweichungen, die in der ursprünglichen Vorlage transparent gemacht wurden, durch das Büro Stockar hinterfragt. Die Kommission hat den Bericht mit Herrn Stockar kritisch diskutiert. Das Fazit: Abweichungen vom Budget gegenüber der Vorlage sollten noch besser beschrieben und begründet werden. Die von der Bauverwaltung gelieferten Erklärungen waren jedoch stets einleuchtend.

Zum Unterbaurecht hat sich die Kommission diverse Alternativmodelle berechnen lassen. Mit einer Rentabilisierung innerhalb von zehn Jahren, anstelle der üblichen bei Parkplätzen angesetzten Lebenszeit von 40 bis 50 Jahren, hat die Gemeinde mit diesem Unterbaurecht ein gutes Geschäft gemacht.

Die Spezko kommt einstimmig zu den Anträgen Genehmigung des Gesamtprojektes, Bewilligung des Nachtragskredits und die Genehmigung einer einmaligen Entschädigung für das Unterbaurecht. Am Schluss des Berichts findet sich die Abrechnung der Auslagen der Kommission, die ebenfalls zur Genehmigung beantragt werden.

Katrin Bartels bedankt sich bei der Verwaltung, dem Büro Ernst, dem Büro Stockar und allen, die in der Kommission mitgearbeitet haben für die gute Zusammenarbeit.

Zum Schluss äussert sich die Spezkopräsidentin zu einem am heutigen Tag erschienenen Medienbericht, der einige Fehler beinhaltet:

1. Unter dem Titel „Fast eine Million Mehrkosten“ wurde folgende Rechnung gemacht:  
Der durch den Volksentscheid bewilligte 1. Kredit belief sich auf CHF 15 Millionen. Danach gab es Nachtragskredite durch den Einwohnerrat, hinter denen der Einwohnerrat stand. So kommt eine Gesamtkreditsumme von CHF 18,6 Millionen zustande. Auf diese Kredite ist noch die Teuerung bei einer Bauzeit von über 10 Jahren aufzurechnen. Das ergibt 20,9 Millionen Franken, die durch das Volk oder den Einwohnerrat für dieses Projekt bewilligt wurden. Die Abweichung von CHF 900 000, um die es heute geht, sind weniger als die 5 Prozent, die man bei Bauprojekten als normal betrachtet. Was heute zu bewilligen ist, liegt also durchaus im Rahmen des Üblichen.
2. Es wird behauptet, man hätte Geld sparen können, wenn die Teuerung anders berechnet worden wäre. Das ist nicht wahr, da man nicht Geld sparen kann, indem man die Teuerung anders berech-

net. Korrekt ist, dass, wenn die Bauverwaltung die Teuerung anders berechnet hätte, sie einen kleineren Nachtragskredit hätte beantragen können. Das hätte vorteilhafter ausgesehen, Geld wäre aber nicht gespart worden.

3. Weiter wird behauptet, der Gemeinderat habe damals mit dem Unterbaurecht seine Kompetenz überschritten. Auch diese Behauptung stimmt nicht. Paragraf 44, Absatz 1c der Gemeindeordnung hält fest, dass die Gemeinderatskompetenz bei Baurecht bis 3 Mio. Franken ist. Die CHF 110 000, um die es hier geht, liegen also längstens im Bereich der gemeinderätlichen Kompetenz.

Zum Schluss teilt Katrin Bartels auf Bitte hin mit, dass das Büro Ernst nicht mit der Gemeinderätin Heidi Ernst verheiratet oder verschwägert ist.

*Jürg Humbel, FDP:* Es geht heute um die 0,03 Prozent Abweichung, die von verschiedenen Warten aus angeschaut wurde. Dem Redner ist wichtig, dass das Sprichwort „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ beherzigt wird und wie man an einigen kürzlich behandelten Vorlagen sehen konnte, wird dies bereits getan. In diesem Sinne soll die never ending story beendet werden und Jürg Humbel bittet den Rat, den Anträgen der Spezko zuzustimmen.

*CVP/GLP: Thomas Hafner* bedankt sich im Namen seiner Fraktion für den guten und ausführlichen Bericht und allen Beteiligten für die sicher nicht immer einfachen Recherchen. Sie folgt den Empfehlungen der Spezialkommission. Leider ist heute wieder ein unwahrer Bericht in der bz erschienen. Die massiven Anschuldigungen hat Katrin Bartels soeben widerlegt und man will nun endlich einen Schlussstrich unter das Thema Schlosspark ziehen.

*Beatrice Büschlen:* Die *Grüne/EVP* bedankt sich für die Arbeit der Kommission und den Bericht der Präsidentin. Man ist froh, dass Unklarheiten beseitigt wurden. Der Bericht bestätigt, dass die Überprüfung in diesem Rahmen richtig war. Eine Überprüfung durch Befragungen hätte infolge der langen Zeitdauer seit den komplexen Geschehnissen nur neue Fragen aufgeworfen und wäre kontraproduktiv gewesen. Befragungen hätten die Kommissionsarbeit weder vergünstigt noch beschleunigt und der Erkenntnisgewinn wäre fraglich gewesen. Dies sieht man an der jetzt vorgelegten Strukturanalyse zum Geschäft Bauverwalter.

Das Fazit der *Grüne/EVP*-Fraktion: Damit die Bauabrechnungen mit den Kostenaufstellungen der Kreditvorlagen vergleichbar sind, sollte der Einwohnerrat über Veränderungen eines Bauvorhabens mit einer angepassten Kreditvorlage informiert werden. Man teilt die Meinung der Spezko, dass das Berechnungsmodell der Teuerung immer gleich zu handhaben sei. Die Fraktion ist aber nicht der Meinung, dass das einfache Abrechnungsverfahren auf Basis von Excel-Tabellen im Endeffekt kostengünstiger ist. Viele Informationen und Vergleiche können im Nachhinein nur schwieriger und arbeitsaufwändiger erstellt werden.

Im Bericht steht, dass Kreditüberschreitungen nicht das Problem der Kostenüberwachung waren, sondern durch mehrere Änderungen in den einzelnen Bauvorhaben und Teilprojekten, personelle Veränderungen in der Verwaltung und in der politischen Führung verursacht wurden. Es hat eine Stelle gefehlt, die während der langen Bauzeit alle Änderungen im Auge behalten hat.

Zum Schluss bringt Beatrice Büschlen noch folgende Bemerkung an: Externe mit einer Kostenüberwachung zu beauftragen sollte nicht dazu führen, Verantwortung abzugeben. Der vorliegende Bericht bestätigt die Forderung nach einem Bauverwalter. Da die *Grüne/EVP* keine grobfahrlässigen Fehler sieht, kann sie allen Anträgen der Spezialkommission zustimmen.

*Jürg Blaser:* Die *SVP* nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die definitive Abrechnung ein Defizit von nur 6 000 Franken ergeben hat und dankt der Spezko für den grossen Einsatz. Es ist bedauerlich, dass durch die mangelhafte Baukostenabrechnung und –kontrolle Anschuldigungen und Misstrauen entstanden sind. Trotz dem positiven Ergebnis zum Defizit bleiben Fragen offen. So findet sich im Bericht kein Hinweis darauf, wer intern für die Verschiebung der Konti verantwortlich war, wer sie überprüft und schliesslich

ausgelöst hat. Rückschlüsse und mögliche Eingeständnisse von Fehlern sind deshalb nicht möglich. Die SVP-Fraktion lehnt aus diesem Grund die Anträge 1 und 2 ab.

*Severin Brenneisen*: Auch die SP dankt für den vorliegenden Bericht. Sie ist froh, dass aufgezeigt werden konnte, dass das Misstrauen nicht berechtigt war. Die Abweichungen waren unbedeutend, ja sogar nichtig. Die Fraktion ist der Meinung, dass die hohen Kosten, die durch die Prüfung angefallen sind, sowie der hohe Zeitaufwand der Spezko und der Verwaltung, der grosse Kosten verursacht hat, berechtigt waren – auch wenn man anfänglich skeptisch war. So kommt die Sache zu einem guten Abschluss.

*Gemeindepräsident Mike Keller* bedankt sich für die positive Aufnahme der Fleissarbeit, die die Kommission geleistet hat. Als Personalverantwortlicher möchte er zwei Punkte hervorheben:

Er findet es mehr als richtig, dass der Einwohnerrat bei einem Bauvorhaben mit diesem Investitionsvolumen die Rechnung prüft. Dies ist auch in anderen Gemeinden üblich. Ihm ist es ein grosses Anliegen, dass in Zukunft zuerst geprüft und erst dann geurteilt wird. Was dem Personal während der Untersuchungen zugemutet wurde, war nicht immer angenehm und an verschiedenen Orten überhaupt nicht gerechtfertigt.

Die Verwaltung möchte mit der Politik zusammen ihre Hausaufgaben machen und die politische Seite möchte im Gegenzug auch mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Dafür braucht es von beiden Seiten ein gewisses Grundvertrauen.

Was die Arbeitshilfsmittel betrifft, ist zu erwähnen, dass bereits Evaluationen am Laufen sind. Für das Grossprojekt HARMOS wurde von Beginn an eine externe Koordinationsstelle beauftragt, die die Kosten- und Terminkontrolle macht. Diese Gruppe ist dem zuständigen Gemeinderat und dem zuständigen Abteilungsleiter unterstellt, die auch bis am Schluss die Verantwortung über das Ganze tragen. Die Koordinationsstelle macht die Feinarbeit und händigt den Verantwortlichen die nötigen Unterlagen aus. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben aus der Schlossparkgeschichte gelernt, nun braucht es etwas Zeit bis anhand von frischen Projekten dargelegt werden kann, wie sie abgewickelt wurden.

*Stefan Glaser, parteilos*: Er wundert sich über die Berichterstattung der bz und fragt sich, wer den Journalisten mit Zahlen und Fakten, die eigentlich als Interna gelten, gefüttert hat. Seiner Meinung nach gibt es einen Maulwurf. Er findet es bedenklich, dass die Arbeit der Gemeinde auf diese Art und Weise in die Öffentlichkeit getragen wird.

ABSTIMMUNG Antrag 1

Grossmehrheitlich angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 2

Grossmehrheitlich angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 3

Grossmehrheitlich angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 4

Grossmehrheitlich angenommen

*Philippe Spitz, SP*, hätte die Stimmen zugunsten der politischen Transparenz gerne richtig ausgezählt und im Protokoll festgehalten. Er verzichtet darauf, einen Antrag auf Wiederholung der Abstimmung zu stellen, möchte aber, dass künftig grundsätzlich gilt, nicht einstimmige Resultate auszuzählen.

*FDP: Sven Inäbnit* plädiert zugunsten eines effizienten Ratsbetriebs, dass klare Entscheide wie bisher mit „grossmehrheitlich“ protokolliert werden können. Bei Geschäften, bei denen es auch aus politischen

Transparenzgründen erforderlich ist auszuführen, können die Ratsmitglieder einen Antrag auf Auszahlung stellen sofern der Präsident dies nicht von Anfang an so vorsieht.

*SP: Simone Abt* möchte beliebt machen, dass bei Abstimmungen über Reglemente oder Gesetze grundsätzlich ausgezahlt wird. In vielen anderen Fällen reicht ihrer Meinung nach „grossmehrheitlich“.

## BESCHLÜSSE

---

- ://: 1. Die Abrechnung des Gesamtprojektes Schlosspark mit Gesamtkosten inkl. Teuerung von CHF 21 854 022.59 wird genehmigt.
2. Für die Mehrkosten von CHF 907 472.78 wird ein Nachtragskredit bewilligt.
3. Die einmalige Entschädigung an die St. Clara-Stiftung im Umfang von CHF 110 000 für ein Unterbaurecht zur Erstellung und Nutzung einer Einstellhalle wird genehmigt.
- 

## Traktandum 6

Nr. 77

### Investitionsausgabe 2013 für die Werterhaltung des Binninger Schlosses

#### Eintretensdebatte

*Daniel Zimmermann, FDP:* Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Bericht, der bestätigt, was schon lange behauptet wird: Das Binninger Schloss ist eine ewige Baustelle. Die Renovationsarbeiten der letzten 25 Jahre, bei denen die Kosten nicht ausgewiesen sind und die zukünftigen Arbeiten in der Grössenordnung von acht Millionen Franken – da muss die Frage gestellt werden, ob sich Binningen das leisten kann oder soll. Man kann sich auch die Frage stellen, ob in Binningen der Wohlstand ausgebrochen ist und ob der Gemeinderat seine Sparanstrengungen ernst meint. Einerseits wird ein Wärmenetz, das anscheinend nicht rentiert, verkauft und andererseits soll ein kostspieliges Schloss unterhalten werden. Wenn man den Bericht sorgfältig studiert, stellt man fest, dass der Einwohnerrat, sollte er den Planungskredit genehmigen, alle anderen Investitionen auch bewilligen muss. Das möchte die FDP-Fraktion vorläufig nicht. Sie ist der Meinung, dass zum Thema Schloss Binningen zuerst eine vertiefte Grundsatzdiskussion über die strategische Ausrichtung geführt werden soll. Wenn man in Zukunft so viel Geld ausgeben will, muss die Meinungsbildung breit abgestützt sein und der vorliegende Bericht gibt zu wenig Auskunft über diese Fragen. Die Fraktion erachtet auch die erwähnten dringlichen Reparaturen zum jetzigen Zeitpunkt als nicht notwendig. Sie nimmt den Zustand der Heizung zur Kenntnis und der Gemeinderat hat die Kompetenz, die nötigen Massnahmen einzuleiten, sollte der Betrieb nicht mehr gewährleistet sein.

Aus den dargelegten Überlegungen stellt die FDP-Fraktion den Antrag, das Geschäft an eine Spezialkommission zu überweisen. Sie kann sich eine 9-er Kommission mit je zwei Vertretern der BPK und GRPK vorstellen, um eine möglichst ausgewogene Kommission zu haben.

*Christoph Anliker, SVP:* Nun wird schon wieder über das Schloss gesprochen und es war klar, dass werterhaltende Massnahmen kommen würden. Über Sinn und Zweck des Ganzen zu diskutieren, wie es die FDP vorschlägt, findet die SVP sympathisch. Sie wollte eine Überweisung in die BPK beantragen, findet aber die Idee einer Spezko besser. Bevor auch nur ein Rappen in die Hand genommen wird, ist eine Kommissionsberatung zwingend. Man kann nicht so auf die Schnelle einen derartigen Grundsatzentscheid fällen. Dieser würde lawinenartig mehr und mehr Ausgaben generieren.

Die SVP unterstützt den Antrag der FDP für eine Überweisung in eine Spezialkommission.

*Grüne/EVP: Beatrice Büschlen:* „Wer A sagt, muss auch B sagen“ gilt grundsätzlich zum Besitz eines Schlosses, wie auch zu einem Projektierungskredit. Auch die Grüne/EVP hat sich überlegt, ob es die Aufgabe der Gemeinde ist, ein Schloss zu halten, ob man sich das leisten kann, ob werterhaltende Massnahmen nicht zuerst in Gesundheits-, Alters- und Bildungskosten fliessen sollen. Es kommt wahrlich noch genug auf die Gemeinde zu.

Finanzpolitisch wäre auch interessant zu wissen, ob das Schloss unter HRM2 im Finanz- oder im Verwaltungsvermögen angesiedelt ist. Welche Auswirkungen hat der Wert des Schlosses, welche die Investitionen der Werterhaltung, bzw. des Unterhalts in den jeweiligen Buchhaltungen? Leider fehlen solche Informationen in der Vorlage.

Die Grüne/EVP-Fraktion hat sich auch überlegt, unter welchen Auflagen und Bedingungen ein allfälliger Verkauf zu bewerkstelligen wäre und wer potentielle Käufer wären. Sie kam zum Schluss, dass ein Verkauf eine langwierige Sache und angesichts der Auflagen unrealistisch wäre und werterhaltende Investitionen so oder so getätigt werden müssten. Zudem hat die letzte Volksabstimmung gezeigt, dass in der Binninger Bevölkerung eine grosse Akzeptanz und eine emotionale Bindung zum Schloss besteht. Da die Rednerin gute Kindheitserinnerungen an das Schloss hat, freut sie sich über den Entscheid ihrer Fraktion, A zu sagen.

Ein paar Bemerkungen zu den Sofortmassnahmen:

Die Sanierung der Restaurantterrasse im Zug der Umgestaltung der Schlosstreppe macht Sinn. Allerdings sollte gleichzeitig die Dämmung des Sockelgeschosses gemacht werden, nicht zuletzt wegen der Folgeschäden durch die schlechte Dämmung. Diese Sofortmassnahme käme also teurer zu stehen als im Bericht ausgewiesen.

Die Sanierung der Heizung und die Umstellung auf Fernwärme findet die Grüne/EVP aus ökologischer Sicht sinnvoll. Doch gehören hier gemäss Sanierungsempfehlungen von Bund, Kantonen und Energieplanern auch Isolation und Sanierung von Fassade, Fenstern und Türen dazu. Danach würde sich auch der Fernwärmebezug reduzieren.

Auch die alten Stoffleitungen müsste man umgehend als Sofortmassnahme ersetzen oder zumindest ausser Betrieb nehmen.

Die Fraktion ärgert sich darüber, dass bei der kürzlich gemachten Erneuerung der Gastroküche der logische Ersatz der alten Wasserleitungen und –abläufe anscheinend nicht berücksichtigt wurde. Für Beatrice Büschlen wären der Grobbeschrieb und die Grobdiagnose zur Meinungsbildung hilfreich gewesen. Weil Sanierungen von historischen Gebäuden andere Sanierungsschritte brauchen als Gebäude aus der Neuzeit, vertraut die Fraktion auf die Kompetenz und die Erfahrung des beigezogenen Architekten. Aus den erwähnten Gründen erachtet sie eine Überweisung des Geschäfts in die BPK oder eine Spezko nicht als nötig. Die Grüne/EVP stimmt allen Anträgen des Gemeinderats zu.

*SP, Severin Brenneisen:* Auch seine Fraktion findet es richtig, dass eine Grundsatzdiskussion stattfindet. Sie ist der Meinung, dass bei Investitionen, die so viel Geld binden, zuerst abgeklärt werden soll, ob und wie man das überhaupt will.

Andere Fragen, die sich stellen: Kann bei einem Investitionsvolumen von durchschnittlich 600 000 Franken jährlich der laufende Betrieb des Restaurants aufrechterhalten werden? Generiert eine Etappierung nicht unnötige zusätzliche Kosten? Würde eine Schliessung des Restaurants die Arbeiten nicht eventuell sogar vergünstigen?

Diese Fragen sollten in der BPK beantwortet werden. Die SP will wissen, was gemacht wird und ob dies Luxusvorschläge sind oder ob es Alternativen und andere Varianten gibt. Nach der Beantwortung und dem Vorliegen der Fakten soll die politische Frage im Rat stattfinden. Dann kann entschieden werden, ob man diese Werterhaltungsmassnahmen will oder nicht.

*Thomas Hafner:* Die CVP/GLP-Fraktion begrüsst grundsätzlich eine weitsichtige und transparente Voraussicht. Auch sie hat sich die bereits erwähnten Fragen gestellt und ist mehrheitlich für eine Überweisung in die Bau- und Planungskommission, man wehrt sich aber auch nicht gegen eine Spezko.

*Roger Moll, parteilos:* Auch die Parteilosen sind der Meinung, dass das Geschäft in eine Kommission soll. Trotzdem stellt Roger Moll einen Antrag zu Punkt 3 der Vorlage. Weil die Renovation Heizung wirklich sehr dringend nötig und das Dach immer noch undicht ist, soll der Betrag von CHF 171 800 bewilligt werden. Er fände es unverantwortlich, wenn der Rat diesen Antrag nicht bewilligen würde.

*SP: Severin Brenneisen* vergass, in seinem Votum auf Antrag 3 hinzuweisen. Die SP-Fraktion ist auch der Meinung, dass über diesen heute abgestimmt werden soll. Sie erachtet es als richtig, dass im Zuge der Arbeiten an der Mauer und an der Treppe die WBA-Anschlüsse gemacht werden und die Terrasse abgedichtet wird, sofern es keine zeitlichen Verzögerungen gibt.

*Gemeindepräsident Mike Keller* bedankt sich dafür, dass diese schwere Kost so konstruktiv aufgenommen wurde. Es war dem Gemeinderat ein Anliegen, erstens den Zustand des Schlosses und zweitens die finanziellen Konsequenzen aufzuzeigen. Es ist wichtig, dass etwas nicht falsch verstanden wird: Mit dem Architekten zusammen wurde eine Priorisierung der Leistungen vorgenommen und es wurde versucht, dies auch zeitlich abzuwickeln. Weil es teilweise sehr schwierig ist, vorherzusagen, was in einigen Jahren unumgänglich ist, hat man sich darauf geeinigt, den Zustand jedes Jahr aufs Neue zu überprüfen. Wenn sich zeigen sollte, dass Massnahmen, die man in einem bestimmten Jahr veranschlagt hat, doch noch nicht nötig sind, sollen sie in den laufenden Begutachtungen berücksichtigt werden. Die Massnahmen, die angegangen werden sollen, sollen auf jeden Fall im Budgetbericht detailliert erwähnt werden. Bei der veranschlagten Summe wird praktisch jede Sanierung als Geschäft in den Einwohnerrat kommen. Der Gemeinderat hat die Idee, die Sanierungen dem Einwohnerrat jeweils pro Jahr zu unterbreiten. Selbstverständlich ist er bereit, die detaillierten Unterlagen in einer Kommission zu zeigen. Weil es zwei dicke Bücher sind, sah man davon ab, diese dem heutigen ER-Geschäft beizulegen.

Zu Fragen, die vorhin gestellt wurden, hat die Verwaltung bereits Abklärungen gemacht: Seit ein paar Tagen ist bekannt, dass das Schloss nach HRM2 nicht Verwaltungs- sondern Finanzvermögen ist. Da der Kanton auch Schlösser besitzt, wurde beim Kanton nachgefragt, wie er diese in der Buchhaltung hat. Dazu gab es zwei unterschiedliche Antworten:

1. Man kann es nach dem Versicherungswert taxieren. Falls es nötig wird, einen Käufer zu suchen, stellt sich die Frage, ob mit oder ohne Land verkauft wird, ob es die Möglichkeit gibt, das Schloss abzureissen und etwas Neues zu erstellen oder ob der Käufer das Schloss übernehmen muss. Da es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt, muss der Käufer die Verpflichtungen der Gemeinde übernehmen.
2. Laut Kanton ist es nicht falsch, das Gebäude mit nur einem Franken in der Buchhaltung zu verbuchen, denn es muss zuerst einmal jemand gefunden werden, der bereit ist, das Schloss zu übernehmen und sich die nächsten Jahre darum zu kümmern. Zurzeit hat man noch keinen definitiven Buchwert, es sind aber Abklärungen im Gange.

Da man jetzt weiss, was in den nächsten Jahren punkto Schloss auf die Gemeinde zukommt, findet Mike Keller eine Grundsatzdiskussion darüber, ob man es behalten will oder nicht, durchaus legitim und wünschenswert.

Der Zeitpunkt, die Heizung zu sanieren ist ideal. Die Sache ist dringend, weil sichergestellt werden muss, dass der Restaurationsbetrieb gewärmte Räume hat. Aufgrund des Zustands der Heizung kann dies nicht sichergestellt werden, sodass man zum Handeln gezwungen ist.

Über die Dämmung wurde auch diskutiert, doch da das Schloss ein denkmalgeschütztes Gebäude ist, ist eine Dämmung nicht so einfach umzusetzen. Der Denkmalschutz ist die grosse Herausforderung und der Kostenpunkt, denn es können nicht die gleichen Massnahmen zur Erhaltung ergriffen werden wie bei einem neueren Gebäude. Der Zustand und das historische Bild müssen gewahrt werden und bekanntlich reden diesbezüglich verschiedene Stellen mit.

Der Architekt hat empfohlen, die Terrasse zeitgleich mit der Treppenerstellung zu machen. Starten werden die Arbeiten am 30. September und laut Auskunft des Bauunternehmers hätte dies keine Verzögerungen zur Folge.

*Thomas Hafner*: Die CVP/GLP ist auch bereit, dem Antrag 3 zuzustimmen.

Die Frage von *Christoph Anliker*, SVP, nach dem Versicherungswert des Schlosses kann der Gemeindepräsident nicht beantworten.

ABSTIMMUNG Kommission Ja oder Nein

Ja: 32 / Nein: 1 / Enthaltungen: 2

*Philippe Spitz*, SP: Der Einwohnerrat hat zwei ständige Kommissionen in denen jeweils Spezialisten sitzen. Er hat bis jetzt kein einziges Argument gehört, das für eine Spezialkommission spricht.

ABSTIMMUNG 9-er Kommission

Ja: 18 / 1 Enthaltung

ABSTIMMUNG BPK

Ja: 16 / 1 Enthaltung

ABSTIMMUNG Antrag 3 des Gemeinderats

Ja: 28 / Nein: 1 / Enthaltungen: 6

BESCHLÜSSE

---

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt für die Werterhaltungsmassnahmen 2013 einen Betrag von CHF 171 800.  
2. Das Geschäft wird an eine 9-köpfige Spezialkommission überwiesen.
- 

**Traktandum 7**

**Nr. 18**

**Motion SP: Kommissionssitze bei Fraktionsaus- und -übertritten sowie bei Parteispaltungen**

Eintretensdebatte

*Gaida Löhr*, SP: Zu Beginn der Sitzung gab es Ersatzwahlen für die GRPK. Beide von der FDP vorgeschlagenen Kandidaten wurden in Stiller Wahl gewählt. So ist es in diesem Rat üblich. Es wird partei- oder fraktionsgebunden gewählt und nicht extrem ad personam. Mitglieder dieses Rates werden normalerweise auf einer Parteiliste gewählt und sie profitieren bei ihrer Wahl von Parteistimmen. Deshalb ist die SP der Meinung, dass ein Kommissionssitz an die entsprechende Fraktion gebunden ist. Vor einem Jahr hat man gesehen, wie eine Fraktion Sitze verliert, wenn Mitglieder die Fraktion verlassen. Die SP-Fraktion hat die Motion eingereicht, weil sie das nicht gerecht findet. Der Grosse Rat in Basel und der Landrat in Liestal gehen einen ähnlichen Weg. Der vom Büro ausgearbeitete Vorschlag überzeugt die SP-Fraktion. Sie stellt sich nur die Frage, warum man mit der Einführung einer Reglementsänderung so lange warten soll. Sie sieht keinen Grund dafür oder irgendwelche Besitzstandsinteressen. Die SP ist für



eine schnellstmögliche Einführung, damit solche Spielchen verhindert werden können. Aus diesem Grund beantragt sie, dass die Reglementsänderung per 1. Januar 2014 in Kraft tritt.

*Beatrix Bürgin:* Da die SVP-Fraktion gegen mehr Reglementierung ist, lehnt sie das Begehren der SP mehrheitlich ab. Einige Fraktionsmitglieder sind der Meinung, dass die Vorgänge vom letzten Jahr einmalig sind und deshalb keine Änderung des Reglements nötig ist. Die SVP gibt Stimmfreigabe.

*EVP/Grüne, Anand Jagtap:* Mit der vorliegenden Änderung des Reglements geht es darum, in der zeitweilig turbulenten Zusammenarbeit im Rat Grundsätze festzulegen. Die Teilrevision schafft Ordnung und schont die Nerven im Bereich der Bildung von Fraktionen, in der Berechnung der Kommissionsitze und der Kommissionsmitgliedschaft bei Fraktionswechsel und –austritt. Die Grüne/EVP steht voll und ganz hinter dem Entwurf und begrüsst es ausdrücklich, dass die neue Regelung pünktlich zu Beginn der neuen Legislatur in Kraft tritt. Sie ist der Meinung, dass es eine Frist zur Fraktionsbildung braucht, so wie es die Vorlage vorsieht. Dass nun auch Binningen den Nationalproporz anwendet um die Kommissionsitze zu berechnen, zeigt die Reife dieser Vorlage. Die Grüne/EVP stimmt allen Anträgen des ER-Büros zu.

*Bettina Rumpf:* Die FDP stimmt der Teilrevision der Geschäftsordnung zu, weil damit auch dem Wählerwillen zum Durchbruch verholfen wird. Einzig der Einführungsbeginn soll ihrer Ansicht nach per 1. Januar 2016 sein, damit zu Beginn der neuen Legislatur alles klar geregelt ist. Wie die Grüne/EVP ist auch die FDP der Meinung, dass die Spielregeln nicht während der Legislatur geändert werden sollen.

*Stefan Glaser, parteilos:* Obwohl es im Moment nur um Roger Moll, Philippe Schaub und ihn selber geht, können sie sich mit dem Vorschlag, die Teilrevision per 1. Mai 2016 einzuführen, einverstanden erklären. Der SP gibt er zu bedenken, dass – es entgegen der Behauptungen des Rechtsdienstes der Finanz- und Kirchendirektion – ein Gutachten eines gewissen Dr. Gerhard Schmid, Professor an der Uni Basel, zuhanden des Landrates gibt, das offen lässt, wie eine entsprechende Einsprache beurteilt würde. Zitat: „Entsprechende Neuregelungen sind rechtlich unbedenklich, wenn sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode beschlossen werden. Werden sie mit in Kraft treten während der laufenden Legislaturperiode beschlossen, so ist deren rechtliche Zulässigkeit zweifelhaft. Umgekehrt aber auch keineswegs klar erstellt. Der Ausgang entsprechender gerichtlicher Verfahren ist also offen.“

Um rechtliche Verfahren heute und in Zukunft zu verhindern ist anzunehmen, dass sich sämtliche Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte mit der Einführung der Neuregelung per 1.5.2016 einverstanden erklären können.

*CVP/GLP, Patrizia Scaiola:* Auch ihre Fraktion unterstützt die Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Es wurde nicht über den Inhalt sondern über gewissen Formulierungen diskutiert. Da und dort hätte das Ganze ein wenig vereinfacht werden können.

Die SP zieht ihren Antrag zugunsten des Antrags der FDP zurück.

ABSTIMMUNG Antrag Einwohnerratsbüro, Annahme Teilrevision § 15 GO Einwohnerrat  
Ja: 28 / Nein: 5 / Enthaltungen: 2

ABSTIMMUNG Antrag FDP, Einführung per 1.1.2016  
Ja: 20 / Nein: 11 / Enthaltungen: 4

- ://: 1. Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrates, § 15, wird beschlossen.  
2. Die Teilrevision tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.
- 

**Traktandum 8**

**Nr. 213/216**

**Postulat SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen**

**Postulat R. Bänziger, Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters**

*Anne Platten:* Die SP-Fraktion erachtet den vorliegenden Bericht des Gemeinderats als zu knapp und ungenügend. Ungeachtet dessen, dass das Ergebnis möglicherweise richtig ist, hätte sie sich eine vertiefere Abklärung gewünscht, die sich nicht so stark auf die Interviews mit den Mitarbeitenden abstützt. Die SP erwartet eine besser belegte und begründete Argumentation. So bleibt zum Beispiel im Bericht unklar, welche konkrete Schwächen in der bestehenden Organisationsstruktur sind und welche organisatorischen Veränderungen im Laufe der Neubesetzung umgesetzt werden sollen. Aus diesen Gründen will die SP-Fraktion die beiden Postulate nicht als erledigt abschreiben.

*Anand Jagtap, Grüne/EVP:* Wenn dies der Befreiungsschlag sein sollte, der die Diskussion rund um die Bauverwaltung und den Bauverwalter zu beenden soll, dann ist dies gescheitert. Für die Fraktion ist es eher ein Schlag ins Wasser. Der Bericht ist sehr mager und es fehlt ein Fazit des Gemeinderats. Das kann nicht einem externen Berater überlassen werden. Die Vorlage ist keine neutrale Strukturanalyse. Der Studienverfasser verfolgt von Beginn an das Ziel, zu belegen, warum die heutige Struktur die einzig richtige ist und weshalb ein Bauverwalter keinen Vorteil bringt. Anand Jagtap weist darauf hin, dass der SP-Vorstoss damals extra von den Aufzählungen befreit wurde, um die Bandbreite bei der Analyse nicht einzuschränken. Jetzt ist aber genau das Gegenteil geschehen. Die Analyse fokussiert im Wesentlichen auf die Frage: Bauverwalter ja oder nein?

Nach Meinung der Grüne/EVP sind die Probleme der Bauabteilung zu gross, um ihnen mit einer derartigen Minianalyse gerecht zu werden. Unter WOV ist das Bauwesen zu einer Querschnittsaufgabe geworden, bei der Verantwortlichkeiten manchmal nicht mehr ganz klar sind. Dies ist eine Erkenntnis aus diversen GRPK-Untersuchungen. Auch deshalb ist eine Minianalyse nicht angebracht und die Fraktion versteht nicht, warum eine solche Analyse durchgeführt wurde. Es fehlen beispielsweise auch Vergleiche mit ähnlich grossen Verwaltungen. Die Analyse reflektiert auch in keiner Weise die Reorganisation, die nach den Vorfällen um das Schloss durchgeführt wurde. Was hat sie gebracht – oder eben nicht? Ausserdem überzeugt die Argumentation der externen Strukturanalyse nicht. Es wird ausschliesslich verwaltungsintern argumentiert. Der Auftrag der beiden Vorstösse ist für die Grüne/EVP nicht erfüllt und sie wird sie nicht abschreiben. Vielmehr fordert sie den Gemeinderat auf, einen zweiten, ernsthafteren Anlauf zu nehmen, da alle den Befreiungsschlag wollen.

*CVP/GLP: Katrin Bartels* kann sich mit dem geforderten zweiten Anlauf einverstanden erklären, fordert aber, dass das nächste Mal aufgezeigt wird, welche Gemeinderäte wo zuständig sind.

*Peter Heiz, FDP:* Das meiste ist bereits gesagt. Seine Fraktion ist von diesem Bericht alles andere als begeistert. Sie kann sich aufgrund der sogenannten Strukturanalyse nicht entscheiden, ob ein Bauverwalter nötig ist oder nicht. Dazu kommt, dass eine neue personelle Veränderung auf der Bauverwaltung stattfindet. Für die FDP-Fraktion hat sich die Frage gestellt, wie sie jetzt mit den Postulaten umgehen

soll. Da Abschreibung oder Zurückweisung keine Optionen waren, hat man sich darauf geeinigt, vorerst abzuwarten, wie sich die Sache unter den neuen personellen Veränderungen entwickelt.

*Beatrix Bürgin, SVP:* Ihre Fraktion ist der Meinung, dass es einen Bauverwalter braucht, weil sie nie mehr ein derartiges Chaos wie in der Angelegenheit Schlosspark will. Die Anstellung sollte möglichst kostenneutral abgewickelt werden. Die beigelegte Strukturanalyse erscheint der SVP dürftig bis mangelhaft. Weil das Geschäft noch vertieft bearbeitet werden muss, will sie die beiden Postulate auch stehen lassen.

*Sven Inäbnit, FDP:* Die Firma Jumeba ist in ganz anderen Segmenten tätig als in Verwaltungsanalysen. Dem Redner ist schleierhaft, wie der Gemeinderat dazu kommt, zu behaupten, Jumeba habe breite Kenntnis anderer öffentlicher Verwaltungen und Gemeinden. Von einem Erstsemesterstudenten der Fachhochschule würde dieser Bericht als Semesterarbeit nicht akzeptiert werden. Er ist schlicht dilettantisch. Sven Inäbnit möchte gerne wissen, warum der Gemeinderat einer Firma, die im Bereich öffentliche Verwaltung kein Renommee aufzuweisen hat, diesen Auftrag gegeben hat.

*Simone Abt, SP,* will nicht mitschimpfen, obwohl sie das könnte. Sie möchte einfach warnen: Von der FDP kam der Vorschlag, einfach einmal abzuwarten, wie es auf der Bauverwaltung weiter geht. Es darf nicht der Fehler gemacht werden, eine Situation, die unbefriedigend war, an einer oder mehreren Personen festzumachen. Die Struktur war das Problem. Die Überlegungen sollten ungeachtet des personellen Wechsels gemacht werden.

*Gemeindepräsident Mike Keller* kann einerseits die zum Ausdruck gebrachte Enttäuschung verstehen, hat aber andererseits mit gewissen Aussagen Mühe. Im Rahmen der Schlossabrechnung wurden viele Vorwürfe geäußert und verschiedene Personen wurden an den Pranger gestellt. Nicht alle damaligen Diskussionen liefen auf der sachlichen Ebene ab. Der Gemeinderat ist letztlich für die Organisation der Verwaltung zuständig. Der Einwohnerrat hat das Recht, zu dieser Organisation Forderungen zu stellen. Zum Vorwurf, man hätte Binningen mit anderen Gemeinden vergleichen sollen, meint Mike Keller, dass man nicht einfach einen einzelnen Bereich einer Verwaltung herauspflücken und Vergleiche anstellen kann, weil jede Gemeinde eigene Strukturen hat.

Binningen hat zwei Bereiche: Der eine sind die Abläufe, die gesamte Organisation und der andere sind die Personen, welche die Funktionen und Aufgaben wahrnehmen. Zum Schutz dieser Personen können und dürfen gewisse Dinge nicht ausgebreitet werden. Der Gemeinderat wollte in einem ersten Schritt wissen, wo es nicht gut gelaufen ist und wo man Schwierigkeiten hat. Mit den durchgeführten Interviews wollte man herausfinden, wie es die Betroffenen sehen und wie sie es erlebt haben. Es stellte sich ziemlich rasch heraus, dass die vorhandenen Strukturen nicht schlecht sind, doch es gibt im personellen Bereich Knoten, die gelöst werden müssen. Es ist nicht möglich, neue Strukturen zu schaffen, um personelle Probleme zu umgehen. Der Weg muss umgekehrt sein: Zuerst die personellen Aspekte klären, erst dann an der Struktur noch kleine, notwendige Korrekturen vornehmen.

Vor gut einer Stunde wurde im Rat die Abrechnung des Schlossparks diskutiert. Dabei hat sich herausgestellt, dass es in dieser Sache sehr viel Polemik gab und nicht katastrophal schlecht gearbeitet wurde, wie damals behauptet wurde. Seit anfangs Jahr hat sich auf Führungsebene einiges verändert und einiges ist immer noch in Bewegung. Der Gemeindepräsident würde es begrüßen, wenn der neuen Entwicklung eine Chance gegeben würde. Er bejaht die Nicht-Abschreibung der Postulate, damit der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung Gelegenheit hat zu beweisen, dass das neue Konstrukt funktioniert. Wenn es unter den Mitarbeitenden nicht funktioniert nützen weder Analysen noch eine Strukturänderung etwas. Dies hat der Gemeinderat in seinem kurzen Bericht festgehalten und dazu steht er. Als Gemeindepräsident betont Mike Keller, dass auf der Bauverwaltung keine chaotischen Zustände herrschen. Die Ratsmitglieder können sich anhand der diversen laufenden Geschäfte selbst davon überzeugen.

*Roger Moll, parteilos:* Für ihn persönlich behandelt der Bericht das Thema nicht vertieft genug. Personalfragen sind immer ein Problem, egal, wie sie angepackt werden. Der Bericht sagt bei den weiteren Erwägungen aus, Binningen sei eine WOV-Gemeinde und im gleichen Abschnitt sagt der Verfasser aus, dass die Einführung von WOV in Gemeinden und im Kanton zu einem Gartenhag-Denken führe. Roger Moll fragt den Gemeinderat, ob WOV für Binningen falsch sei.

*Mike Keller:* Diese Frage beschäftigt den Gemeinderat beträchtlich. Sie lässt sich aber nicht durch die Frage Bauverwalter Ja oder Nein beantworten. Wie der Einwohnerrat hat auch der Gemeinderat Kontakt mit Riehen und man ist daran, gemeinsam anzuschauen, wo die beiden Gemeinden jeweils stehen. Es wurde auch mit auswärtigen Gemeinden Kontakt aufgenommen. Diese Diskussionen sind einschneidend. Dass durch WOV ein gewisses „Gärtli-Denken“ entstanden ist, lässt sich nicht leugnen, doch man ist dabei, es aufzubrechen. Gewisse Sachen werden wieder zurück in die richtigen Bahnen gelenkt.

*Daniel Zimmermann, FDP,* dankt dem Gemeindepräsident für die Informationen. Er ist der Meinung, dass die Forderung nach einer Strukturanalyse nicht meinte, bloss ein Organigramm oder Vergleiche darzustellen, sondern dass über Inhalte und Werte diskutiert werden sollte. Dies wäre auch eine Chance für die Zukunft. Wenn man betrachtet, was in den nächsten fünf bis zehn Jahren auf Binningen zukommt, wäre es zum Beispiel wichtig, sich über Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung oder das Thema Verkehr Gedanken zu machen. Es wäre wichtig, über den Tellerrand hinauszuschauen und sich mit Qualitäten und Zukunftsperspektiven auseinanderzusetzen. Olten und Aarau beispielsweise sind bereits in diesem Prozess und werden ihre Verwaltung auf neuzeitliche Bedürfnisse und Themen ausrichten. Das hat sich der Redner unter diesem Auftrag vorgestellt.

*Grüne/EVP, Peter Buess* weist darauf hin, dass Binningen einst einen Bauverwalter hatte und im Gespräch mit Fachleuten und Architekten gibt es positive Stimmen zur Idee, wieder einen einzuführen.

ABSTIMMUNG Antrag SP, Postulate nicht abschreiben  
Einstimmig angenommen.

## BESCHLÜSSE

---

://: Die Postulate werden nicht abgeschrieben.

---

*G. Löhr, SP,* stellt den Antrag, angesichts der zahlreichen Gäste aus dem Musikschulbereich inklusive der beiden Leiterinnen, das Traktandum 13 vorzuziehen.

ABSTIMMUNG Antrag G. Löhr  
Grossmehrheitlich angenommen.

## Traktandum 9

Nr. 66

**Motion M. Rehmann, Grüne/EVP und G. Löhr/SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II**

Mit dem Anliegen, dass die Musikschule für junge Erwachsene bis 25 Jahre offen stehen soll, will *Meret Rehmman, Grüne/EVP*, etwas als Junge für Junge in Binningen bewirken. Sie will aufzeigen, dass dies für die Musikschule, für die betroffenen Schüler/innen und für Binningen ein Gewinn ist. Ihre persönlichen Erfahrungen an der Musikschule und zahlreiche Gespräche mit Lehrpersonen haben ihr die unbefriedigende Situation aufgezeigt. Viele Lehrpersonen bedauern es zutiefst, dass sie ihre langjährigen, am meisten fortgeschrittenen und oft sehr motivierten Schüler/innen gehen lassen müssen. Für die Musikschule sind solche Schüler/innen enorm wertvoll. Sie bereichern und tragen das gemeinsame Musizieren, nämlich die Ensembles und Orchester. Gerade die Möglichkeit, nicht immer nur alleine für sich üben und spielen zu müssen, macht die Musikschule so attraktiv. Jüngere Schüler/innen können so von den älteren und fortgeschrittenen lernen. Wenn junge Erwachsene weiterhin an der Musikschule bleiben dürften, würde die Qualität der Schule gesteigert und es wäre insbesondere für diese Betroffenen ein grosser Gewinn, wenn sie nicht mit 20 gehen müssten. In diesem Alter und im Zusammenhang mit Schulwechsel oder Studienbeginn bedeutet der Abgang oft das Ende des Musizierens.

Musizieren ist unbestritten etwas Schönes, doch ist es nicht einfach ein „nice to have“, sondern es bringt den Musizierenden etwas: Es steigert den allgemeinen Lernerfolg, erhöht die Konzentrationsfähigkeit und die soziale Kompetenz. Da zeigt sich sehr gut in den Basler OS-Klassen mit erhöhtem Musikunterricht. Als gemeinsame Trägerin der Musikschule hat Bottmingen der Öffnung für junge Erwachsene bereits zugestimmt. Die finanziellen Folgen davon – weniger als CHF 10 000 pro Jahr – sind überschaubar. Mit wenig finanziellem Aufwand kann für die junge Bevölkerung Binningens eine nachhaltige Wirkung erzielt werden. Meret Rehmman ruft die Einwohnerrät/innen dazu auf, auch mit Taten zu zeigen, dass Binningen eine Gemeinde für alle ist.

*SVP: Christoph Anliker* hat auch eine Ausbildung an der Musikschule genossen und versteht das Anliegen gut. Bei näherer Betrachtung hat die Fraktion aber festgestellt, dass eine Öffnung Ungleichheiten schafft. So finden beispielsweise Personen, die mit 20 in der Arbeitswelt sind, beinahe keine Zeit mehr für Musikunterricht. Auch junge Männer, die die Rekrutenschule absolvieren, könnten das Angebot nicht nutzen. Ausserdem sind die Plätze, die noch weitere fünf Jahre beansprucht werden, für Junge, die neu ein Instrument lernen wollen, nicht mehr verfügbar. Wenn man mit der Lehrperson ein gutes Verhältnis hat, ist es bestimmt auch möglich, Privatstunden zu nehmen.

*Peter Heiz, FDP:* Meret Rehmans Ausführungen tönnten sehr schön und die Fraktion ist von der Idee, durch diese Massnahme eine dauerhafte Bindung zur Musik zu schaffen, sehr angetan. Seiner Meinung nach muss es aber auch einmal ein Ende haben. Es ist keine kommunale Aufgabe, Freizeitbeschäftigungen weiter finanziell zu unterstützen. Einmal hört die staatliche Unterstützung auf. Die Zwanzigjährigen haben bereits eine beträchtliche persönliche Verantwortung und Peter Heiz denkt, dass sie diese auch im Bereich Musik übernehmen können. Ausserdem befürchtet die FDP, dass es weiter geht und danach die 35-Jährigen den Musikunterricht besuchen wollen oder gar Ü60-er einen Antrag stellen könnten. Fazit: Der erweiterte Musikunterricht ist Privatsache und die FDP wird die Motion nicht überweisen.

*Silvia Bräutigam, CVP/GLP:* Grundsätzlich kann sich die Fraktion dem Anliegen anschliessen. Ihre Überlegungen gehen aber dahin, die Musikschule für die Erwachsenen bis 65 zu öffnen, ohne dass dieser Unterricht subventioniert wird. Für diese Idee müsste die Motion in ein Postulat umgewandelt werden. Dieses könnte die CVP/GLP unterstützen.

*Jürg Blaser, SVP,* hat keine Sympathie für diese Motion. Er selber hat 20 Jahre lang musiziert. Als er mit elf Jahren in die Knabenmusik Basel eingetreten ist, wusste er, dass er mit 18 Jahren wieder austreten muss. Er fühlte sich deswegen nicht rausgeschmissen. Das brachte ihm neue Erfahrungen und eine Horizonterweiterung. Er fände es schade, wenn Leute, die nachrücken möchten, keinen Platz mehr hätten.

*Gaida Löhr, SP:* Das Wichtigste hat Meret Rehmann bereits gesagt. Zur Kritik: Die Jugendmusikschule hat man ja vor ein paar Jahren in die Musikschule umbenannt. Gaida Löhr findet es schön, dass es in diesen Reihen ein paar Musiker gibt, sieht aber nicht ein, warum alle anderen auch keine Zeit zum Musik machen haben sollen, wenn das für einzelne hier drinnen so war. Das ist keine Frage der Gerechtigkeit. Für sie ist auch klar, dass man mit zwanzig nicht besonders viel Geld hat oder nicht mehr möchte, dass die Eltern für den Unterricht aufkommen. In Binningen werden andere Vereine auch unterstützt. Hier geht es um einen Unterstützungsbetrag von 9 000 Franken. Es gibt wohl beinahe keinen Verein hier, der mit weniger als 9 000 Franken unterstützt wird. Es geht darum, den Jungen zu zeigen, wie wichtig Binningen ihre Musikarbeit ist.

Mit dem Wort Privatsache tut sich die Rednerin schwer. Die Musikschule ist keine Privat- sondern eine Staatsschule. Der Einwohnerrat geniesst diese Staatsschule immer dann, wenn sie zur Sommerpause oder zum Jahresabschluss ein paar musikalische Einlagen spielt. Dann spielt es auch keine Rolle, ob es eine Privat- oder eine Staatsschule ist.

Gaida Löhr meint, es gäbe keine Warteliste für die Schüler/innen. Der Leistungsauftrag verlangt, dass so viele Stunden vergeben werden, wie nötig sind.

Sehr viele Musikschüler/innen hören oft in der Pubertät auf, zu musizieren und es sind wenige, die weiter machen. Es geht darum, die wenigen, die man hat und die tragend sind für die Musikschule, möglichst lange zu halten.

*Christoph Anliker, SVP:* Es ging ihm nicht um eine persönliche Abrechnung mit der Musikschule, sondern um die Ungleichheit.

*Patrizia Scaiola, CVP/GLP:* Sie würde es begrüßen, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde, damit über die Idee, das Alter freizugeben, den Unterricht aber ab 20 nicht mehr zu subventionieren, nochmals gesprochen werden kann.

*SP: Susanne Tribolet* war acht Jahre lang Präsidentin des Musikschulrates. Deshalb ist es ihr ein grosses Anliegen, dass dieser Wunsch der Realisierung endlich näher kommt. Es soll nicht nur der Sport und anderes unterstützt werden. Die Möglichkeit, länger an der Musikschule zu bleiben, würde den jungen Erwachsenen aber auch den Binninger/innen etwas bringen. Die Betroffenen sind ja auch bereit, einen höheren finanziellen Beitrag zu leisten. Dieser konkrete Vorschlag erscheint ihr besser als irgend eine schwammige Formulierung.

*Gemeinderat Philippe Meerwein:* Die Haltung des Gemeinderats zu diesem Geschäft ist im Bericht dargelegt. Musik könnte auch in die Erwachsenenbildung aufgenommen werden und falls gewünscht könnte dies geprüft werden.

Leider ist es nicht so, dass keine Warteliste vorhanden ist. Die sehr gute Arbeit der Musikschule wird geschätzt und ist begehrt.

*FDP: Sven Inäbnit* sieht nicht ein, warum private Musiklehrer in der Region durch ein erweitertes Angebot der Musikschule konkurrenziert werden sollen. Die Fraktion wird auch ein Postulat in dieser Richtung nicht unterstützen.

*Peter Buess, Grüne/EVP:* „Wer hat, dem wird gegeben“, doch immer wieder soll die Musik nichts erhalten. Es würde nicht schaden, wenn Binningen etwas mehr in die Musik investieren würde.

*CVP/GLP:* Auch *Katrin Bartels* plädiert für eine offene Formulierung eines Postulats, damit der Gemeinderat prüfen kann, wo sinnvoll investiert werden könnte.

Ein Ordnungsantrag von *Roy Ewald, SVP*, ist unbestritten.

*Gaida Löhr:* Die *SP* ist für die Umwandlung in ein Postulat, aber nicht für eine unbegrenzte Öffnung.

ABSTIMMUNG Überweisung des Postulats

Ja: 23 / Nein 8 / Enthaltungen: 4

## BESCHLÜSSE

---

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

---

### Diversa

#### **Anfrage Stefan Glaser, parteilos: Bussen in Binningen**

80

*Gemeinderat Urs-Peter Moos:*

Frage 1: Wer sind diese fremden Personen, die in Binningen Bussen verteilen?

Antwort: Es sind Angestellte der privaten Sicherheitsfirma Pfändler, die durch eine Ausbildung beim Kanton befugt sind, Ordnungsbussen – ausdrücklich nur im ruhenden Verkehr – zu verteilen.

Frage 2: In welchem rechtlichen Verhältnis steht diese Firma zur Gemeinde?

Antwort: Die Gemeinde ist Auftraggeber, die Firma Pfändler ist Auftragnehmerin.

Frage 3: Entlohnung und Vertrag?

Antwort: Es wurde ein normaler Auftrag erteilt. Umfang: 26 Stunden Kontrolldienst während sieben Tagen pro Woche.

Frage 4: Wurden von Firmen in Binningen ebenfalls Offerten für diese Arbeiten eingeholt, wenn nicht, warum nicht?

Antwort: Nein. Der Schwellenwert des Gesetzes über das Beschaffungswesen ist weit weg. Deshalb musste kein Einladungsverfahren durchgeführt werden. Da Binningen bereits mit dem Pikettdienst übers Wochenende, den die Firma Pfändler wahrnimmt, gute Erfahrungen gemacht hat und die erwähnte Ausbildung vorliegt, hat diese Firma den Auftrag erhalten.

Auf Nachfrage von Stefan Glaser zur Entlohnung erläutert Urs-Peter Moos, dass dies ein Auftragsgeheimnis ist und hier nicht bekannt gegeben wird.

Weiteres

*Gemeinderat Daniel Nyffenegger:* Mit dem Einwohnerratsbeschluss vom 18. Juni 2012 hat der Einwohnerrat für den Event „Binningen enlightened“ eine Defizitgarantie von maximal CHF 100 000 zu Lasten des Kulturfonds gesprochen.

Die Kosten für das Gesamtprojekt belaufen sich auf CHF 300 845. Total der Einnahmen inklusive Sponsorenbeiträge und Eigenleistungen in der Höhe von 53 180 Franken, ergeben ein Total von CHF 186 480. Das ergibt per Saldo ein Defizit von CHF 114 365. Der Betrag von CHF 100 000 ist per 20.8.2013 an den Kunstverein überwiesen worden. Die GRPK wurde im Voraus informiert und erhielt eine Kopie der Abrechnung. Somit ist das Projekt abgeschlossen.

Zum Schluss möchte sich *Gemeinderätin Heidi Ernst* kurz bedanken. Am letzten Freitag wurde das Alters- und Pflegeheim Schlossacker mit einem offiziellen Festakt eingeweiht. Aus verschiedenen Gründen wurde nicht der gesamte Einwohnerrat eingeladen – unter anderem aus Kapazitätsgründen. Der ER wird noch Gelegenheit haben, das APH zu besichtigen. Heidi Ernst dankt allen langjährigen Einwohnerratsmitgliedern und den Beteiligten der Bau- und Planungskommission, die das grosse Geschäft kritisch, doch konstruktiv über mehrere Jahre begleitet und zu einem guten Ende gebracht haben.

*Sven Inäbnit, FDP*, bedankt sich für das Weiterleiten des Danks des Stiftungsrates. Es wäre allerdings schöner gewesen, wenn dieser Dank gekommen wäre, ohne dass nachgefragt werden musste, ob die Einwohnerrät/innen auch zur Einweihung eingeladen sind.

*Präsident Stefan Kaiser* schliesst die Sitzung um 22.20 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 23. September 2013, 19.30 Uhr.